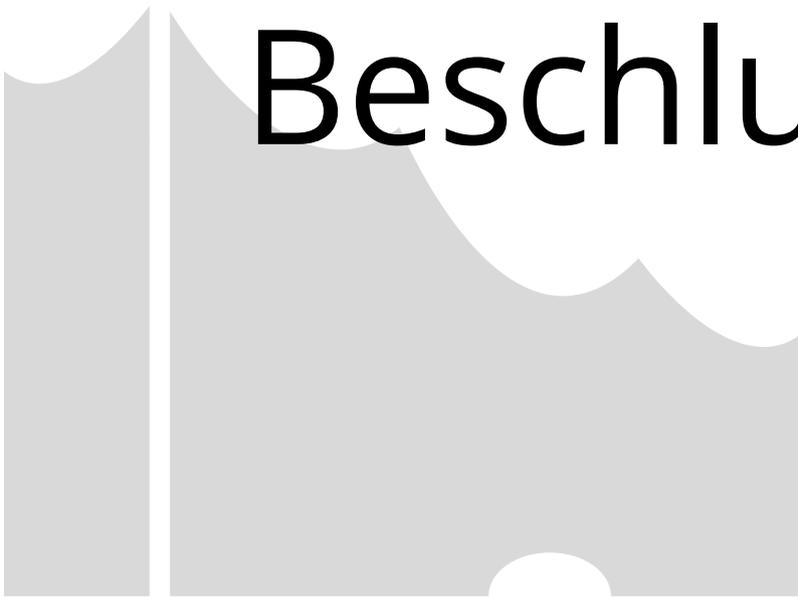


**Landesdelegiertenkonferenz
der
Jusos Hamburg
Dezember 2024**



Beschlussbuch

Landesgeschäftsführer (interims)
Armin Scharif Zadeh

B1	Antragsteller*in:	Jusos UHH, Jusos, BLS, Jusos HCU
	Beschluss:	Zurückgezogen

1 **Gesetze sind für alle da – Rechtskunde fängt in der Schule an!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung**

7

8 Die sozialdemokratischen Vertreter*innen in Senat und Bürgerschaft, insbesondere die
9 Angehörigen des Schulausschusses, des Ausschusses für Familien, Kinder und Jugendliche
10 und der Schulbehörde arbeiten an der Umsetzung der Folgenden Forderungen:

11

12 1. Im Lehrplan sind im Verlauf des neunten Schuljahrs Unterrichtseinheiten über
13 Rechtskunde als verbindliches Modul aufzunehmen. Ziel ist das zukunftsorientierte
14 Erlernen von Grundfähigkeiten über die eigenständige Arbeit mit Gesetzestexten sowie
15 die Entwicklung eines Verständnisses über eigene Rechte und Pflichten im Rahmen
16 einer allgemeinen Rechtskompetenz.

17 a. Im Bildungsplan für Stadtteilschulen Klassen 5-11 (Stand 2024) ist dafür der
18 Themenbereich 4: Grundlagen des Rechts unter Politik/Gesellschaft/Wirtschaft:

19 i. als verbindlich festzusetzen,

20 ii. entsprechend um die in diesem Antrag unter 4. lit. a-e aufgeführten
21 Themenbereiche/Inhalte zu ergänzen,

22 iii. insbesondere die inhaltliche Auseinandersetzung konkreter Aspekte im
23 deutschen Recht aufzunehmen, und

24 iv. Umsetzungshilfen für die in diesem Antrag unter 2. Aufgeführte
25 sprachliche Befassung bereitzustellen.

26 b. Dies gilt gleichermaßen für den Bildungsplan für Gymnasien (Sekundarstufe I)
27 (Stand 2024).

28 2. Darunter fällt die Arbeit mit Gesetzestexten auf sprachlicher Ebene, u.a. um das grobe
29 Textverständnis im juristischen Sprachgebrauch zu fördern.

30 3. Inhaltlich soll ein grundlegender Überblick über verschiedene Rechtsbereiche integriert
31 werden. Darüber hinaus soll vermittelt werden, wie die bestehende Rechtslage zu
32 Themen ist, mit denen Schüler*innen in ihrem Alltag während und unmittelbar nach der
33 Schulzeit in Berührung kommen.

34 4. Insbesondere fallen darunter

35 a. Rechte und Pflichten von Vermieter*innen und Mieter*innen in
36 Wohnraummietverhältnissen

37 b. Arbeitnehmerrechte und -pflichten, unzulässige Forderungen von
38 Arbeitgebenden

39 c. Selbstständigkeit bei Minderjährigen

40 d. Rechte und Strafbarkeit im Internet

41 e. Grundzüge des Verbraucherschutzes im Kaufrecht

42 5. Einheiten zur Rechtskunde sind je nach Möglichkeit auch im Rahmen des Deutsch-,
43 Informatik- und/oder PGW-Unterrichts zu behandeln.

44

45 **Begründung**

46

47 Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir! Abweichend von dem oft zitierten Spruch
48 ist das zumindest der Ansatz unseres Schulsystems, in dem Schuler*innen eine umfassende
49 Allgemeinbildung genießen sollen, damit sie als mündige Bürger*innen auf den Lebensalltag

50 nach der Schule bestmöglich vorbereitet sind. Zum Alltag gehören bekanntermaßen allerlei
51 rechtliche Vorgänge, von denen viele Jugendliche betroffen sind oder bald sein werden.
52 Darunter fallen insbesondere arbeitsrechtliche und mietrechtliche Bestimmungen über eigene
53 Rechte/Pflichten im (Mini-)Job oder der ersten Wohnung, vor allem aber ein Überblick über das,
54 was Arbeitgeber/Vermieter von einem verlangen können und dürfen. Auch die strafrechtlichen
55 Möglichkeiten gegen Hassrede und Belästigung im Internet betrifft viele junge Menschen. In
56 einer Welt, die von Online-Bestellungen und Paketlieferungen geprägt ist, ist es hilfreich zu
57 wissen, welche Rechte den Verbraucher*innen zustehen. Die in den bisherigen Bildungsplänen
58 der Stadt vorgesehenen, unverbindlichen Module sind ein erster Schritt in die richtige Richtung,
59 bedürfen jetzt aber der konsequenten Ausgestaltung und verbindlichen Umsetzung.

60
61 Durch Unterrichtseinheiten sollen im Wesentlichen zwei Aspekte verwirklicht werden. Einerseits
62 geht es um das Befassen auf der sprachlichen Ebene; juristisches Deutsch erfordert eine
63 andere Art des Textverständnisses als es bspw. in Literatur oder alltäglichem Sprachgebrauch
64 der Fall ist. Andererseits soll ein grober inhaltlicher, praxisnaher Überblick vermittelt werden,
65 der über die bisher übliche Abhandlung einiger Grundrechte hinausgeht. Es geht ausdrücklich
66 nicht um das Erlernen von juristischem Handwerkszeug wie es im Studium erfolgt. Auch soll
67 kein finaler juristischer Ratschlag zu konkreten Sachverhalten von den Lehrkräften ausgehen.
68 Der Fokus hat darauf zu liegen, Schüler*innen einen Einstieg zur eigenen Befassung mit der
69 Materie zu bieten und so die Hemmschwelle herabzusenken, sich im späteren Verlauf des
70 Lebens eigenständig informieren zu können, auch wenn sich konkrete Normen verändern.

71
72 Es ist dabei Aufgabe des Staates, für diese Weiterbildung seiner Bürger*innen zu sorgen. Durch
73 die Befassung während der Schulzeit kann darüber hinaus dafür gesorgt werden, dass im
74 Interesse der Bildungsgerechtigkeit auch diejenigen Schüler*innen informiert werden, die nicht
75 durch Kenntnisse aus ihrem familiären Umfeld privilegiert werden. Dafür ist das neunte
76 Schuljahr der richtige Zeitpunkt, damit vor dem Ende der Schulpflicht auch alle Schüler*innen
77 gleichermaßen beteiligt werden können. Das Landesinstitut für Lehrerbildung hat für die
78 Weiterbildung der Lehrkräfte Angebote zu machen, die im Rahmen der
79 Fortbildungsverbindlichkeiten anerkannt werden können und nicht durch schulinterne
80 Lehrerfortbildungen umgesetzt werden müssen.

B2	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusogruppe St. Pauli-Innenstadt</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme in geänderter Fassung</i>

1 **Aufklärung über Social Media-Sucht und deren Konsequenzen an Schulen.**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD-
4 Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung**

7

8 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass Kinder und
9 Jugendliche über Social Media-Sucht in Verbindung mit Depressionen, Angststörungen und
10 Einsamkeit in Form einer Projektwoche, eines oder mehrerer Projektstage, verpflichtender
11 Workshops oder durch Unterrichtseinheiten aufgeklärt werden.

12

13 **Begründung**

14

15 Seit den Jahren 2010 bis 2015, also den Jahren, in denen Social Media Apps sich immer
16 mehr weitverbreiteten (2012 kaufte Meta (damals: Facebook) Instagram), gibt es folgende
17 Trends:

18

19 Die Suizidrate bei Kindern und Jugendlichen ab 10 Jahren nimmt zu.¹
20 Depressionen bei Kindern und Jugendlichen werden zu einem Massenphänomen.²
21 Parallel wächst auch die Zahl an Krankenhauseinweisungen aufgrund von
22 Selbstverletzung.³ Immer mehr Jugendliche leiden unter Einsamkeit. Zwei von fünf
23 Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen leiden unter extremer Einsamkeit.⁴

24

25 Im Jahr 2021 veröffentlichte die ehemalige Meta-Angestellte Frances Haugen verschiedene
26 Dokumente, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. In diesen legte sie offen, wie das
27 Unternehmen Meta gezielt die Schwächen des menschlichen Gehirns und insbesondere des
28 jugendlichen Gehirns ausnutzt, um ein Produkt herzustellen, das die Aufmerksamkeit seiner
29 Nutzer*innen länger bindet bzw. sie süchtig machen soll.

30 Die extensive Nutzung digitaler Medien durch Heranwachsende führt zu einer Einschränkung
31 der Möglichkeit, alternative Erfahrungen zu sammeln, die für die gesunde Entwicklung der
32 Psyche von Bedeutung sind.

33 Als Heranwachsende von normalen Handys zu Smartphones wechselten, sank in den
34 Industrieländern rund um die Welt die Schlafdauer und -qualität.

35 Die Aufmerksamkeit vieler Menschen wird durch mehrere 100 Push-Benachrichtigen am Tag
36 fragmentiert. Das bedeutet, dass sie selten fünf oder zehn Minuten am Stück haben, um einen
37 Gedankengang zu verfolgen.

38

39 Eine Projektwoche könnte Schüler*innen sowie die Lehrkräfte über die psychischen Schäden
40 von Social Media aufklären und einen Impuls für einen gesünderen Umgang mit diesen
41 Plattformen geben.

42

¹ US Center for Disease Control, National Center for Injury Prevention and Control

² American College Health Association

³ US Center for Disease Control, National Center for Injury Prevention and Control

⁴ Maike, Prof. Dr. Luhmann et al. -2023 – Einsamkeit unter Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen

B3	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Eimsbüttel</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme in geänderter Fassung</i>

1 **Politische Bildung an Hamburger Schulen – Zeit zum Aufwachen!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Der SPD-geführte Senat wird dazu aufgefordert, in den Hamburger Schulen einen
8 verpflichtenden PGW-Unterricht einzuführen, welcher 2-stündig ab Klasse 7 bis zum
9 Schulabschluss unterrichtet wird. Zudem prüft die Behörde die Umsetzung eines
10 verbindlichen 2-stündigen PGW Unterrichts bereits vor Klasse 7. Ab der Oberstufe würde die
11 Implementierung des PGW Unterrichts wie folgt erfolgen :

12 Von den 4 Pflichtstunden, die in den Gesellschaftswissenschaften belegt werden müssen,
13 werden in der Oberstufe 2 Stunden für PGW geblockt.

14

15 **Begründung:**

16 Die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen haben gezeigt, dass
17 insbesondere junge Wähler*innen anfällig für extremes Gedankengut sind.

18 Dieser Trend ist sehr beunruhigend und in vielen Fällen auf unzureichender politischer Bildung
19 und Aufklärung basierend.

20 In Hamburg wird das Fach PGW (Politik-Gesellschaft-Wirtschaft) von der 8. bis zur
21 Profiloberstufe verpflichtend unterrichtet. An vielen Schulen besteht darüber hinaus die
22 Möglichkeit, in der Profiloberstufe das Fach zu behalten.

23 Wir betrachten dies aber als ungenügend für die Grundlagenvermittlung politischer Bildung.

24 Wir glauben auch, dass politische Bildung nicht an bestimmte Profile geknüpft sein sollte,
25 sondern normale Unterrichtsstrukturen transzendiert.

26 Deswegen fordern wir, dass der PGW-Unterricht über die gesamte weiterführende
27 Schullaufbahn verpflichtend wird.

28

29

F1	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Eimsbüttel</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme in geänderter Fassung</i>

1 **Zukunftsorientierter Fokus auf die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit von Israel**

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg, möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg, Juso-Bundeskongress, Bundesparteitag der SPD und
5 schließlich an die SPD Bundestagsfraktion beschließen:
6

7 **Forderung**

8
9 Deutschland muss seine sicherheitspolitische Verantwortung wahrnehmen und alles daran
10 setzen, das Existenzrecht des Staates Israel zu schützen, der durch die Terrororganisation
11 Hamas massiv bedroht wird. Der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 war ein historisches
12 Verbrechen, das der größte Massenmord an Jüd*innen seit der Shoah war. Dies zeigt, dass
13 der Hauptaggressor in diesem Konflikt die Hamas ist, deren Gewalt und Ideologie eine
14 friedliche Zukunft in der Region behindern. Gleichzeitig ist die Rolle der Hamas, ebenso wie
15 die der Hisbollah, als Gesprächspartner infrage zu stellen, da sie sich ausdrücklich gegen
16 jede Verhandlungslösung und das Existenzrecht Israels stellen.
17

18 Dennoch erkennen wir an, dass die derzeitige israelische Regierung, der rechtsextreme
19 Politiker wie Finanzminister Bezalel Smotrich angehören, ebenfalls problematisch ist.
20 Premierminister Netanjahu steht für eine Politik, die von vielen als Spaltung und Eskalation
21 wahrgenommen wird, darunter der Versuch, eine rechtswidrige Justizreform durchzusetzen,
22 eine zunehmende Missachtung völkerrechtlicher Normen mit der Siedlungspolitik in den
23 besetzten palästinensischen Gebieten, sowie eine zunehmende Missachtung völkerrechtlicher
24 Normen. Diese politische Ausrichtung gefährdet Israels langfristige Sicherheit und erschwert
25 eine friedliche Lösung des Konflikts.
26

27 Netanjahu hat sein politisches Schicksal an diesen Krieg geknüpft. Solange er Mittel und
28 Wege findet, diesen trotz völkerrechtlicher Bedenken weiterzuführen, wird der Krieg nicht
29 enden. Die fortwährenden Aggressionen der Hamas und weiterer iranischer Proxys wie den
30 Houthis und Hisbollah verschärfen die Gewaltspirale im Nahen Osten, da sie gezielt
31 Spannungen anheizen, israelische Gegenschläge provozieren und die Region destabilisieren.
32 Diese Gruppen handeln oft im Einklang mit iranischen Interessen, um Einfluss auszuweiten
33 und Konflikte zu verstärken, was eine Eskalation auf beiden Seiten unvermeidlich macht.
34

- 35 • Deshalb fordern wir ein UN-Waffenembargo in die Region des Nahen Ostens. Dieses
36 Embargo soll durch eine UN-Friedensmission überwacht werden.
- 37 • Deutschland setzt sich an der Seite Israels für eine Beendigung des Krieges und die
38 Befreiung der Geiseln ein.
- 39 • Das iranische Regime soll durch weitergehende Maßnahmen zusätzlich zu den
40 bestehenden Sanktionen gezielt in seiner Fähigkeit eingeschränkt werden, seine
41 Verbündeten zu unterstützen. Hierzu sollte Deutschland die wirtschaftliche
42 Zusammenarbeit mit Ländern wie Indien stärker an gemeinsame sicherheitspolitische
43 Interessen koppeln.
44

45 Der 7. Oktober zeigt jedoch, dass die Existenz Israels dauerhaft bedroht ist. Daher muss die
46 Lage kontinuierlich neu betrachtet und eingeschätzt werden. Eine auf Verteidigungssysteme
47 beschränkte Unterstützung des Staates Israels kann nach Erreichen eines Waffenstillstands
48 und der Befreiung der Geiseln neu bewertet werden.
49

50 Für bereits gelieferte offensive Waffensysteme (insbesondere Dual-Use-Systeme) sollten
51 völkerrechtskonforme Verteidigungsaufgaben ähnlich wie gegenüber der Ukraine gestellt
52 werden. Der SPD-Parteivorsitzende Lars Klingbeil sagte bereits im Oktober 2024: „Wir haben
53 eine uneingeschränkte Solidarität mit dem Staat Israel, ich habe keine uneingeschränkte
54 Solidarität mit der Regierung Netanjahu.“

55

56 Wir stellen uns hinter Lars Klingbeils Worte und wollen ihm mit diesem Antrag
57 verteidigungspolitisch Rechnung tragen, da der aktuelle Kurs der Regierung Netanjahu Israels
58 Sicherheit gefährdet.

59

- 60 • Bereits gelieferte deutsche Waffen dürfen nur auf israelischem Staatsgebiet eingesetzt
61 werden, es sei denn aus dem Gazastreifen, Westjordanland oder Libanon erfolgen
62 nach einer Waffenruhe Angriffe, die den Einsatz völkerrechtlich rechtfertigen. Für uns
63 ist klar: Israel hat das Recht, sich selbst zu verteidigen.

64

65 Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat mehrfach darauf
66 hingewiesen, dass es im Gazastreifen einen gesicherten Verdacht auf völkerrechtswidriges
67 Vorgehen gibt, und mehrere Haftbefehle sowohl gegen Mitglieder der israelischen Regierung
68 als auch gegen Vertreter der Hamas erlassen. Hierbei sollte insbesondere der Vorwurf die
69 Zivilbevölkerung des Gazastreifens aktiv als Kriegsmittel durch Entzug von
70 lebensnotwendigen Mitteln (Essen, Elektrizität, Medizin) einzusetzen verurteilt werden. Dies
71 ist Menschenunwürdig, da die Menschen objektifiziert werden (sog. Objekttheorie).
72 Deutschland ist Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und muss seiner
73 Verantwortung nachkommen, sich aktiv für die Wahrung und Durchsetzung des
74 internationalen Völkerrechts einzusetzen. Hierzu gehört auch die Anerkennung der
75 Flächenverteilung des Oslo II-Vertrags (sog. Zwei-Staaten-Lösung) und die Beendigung der
76 Völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik der Israelischen Regierung.

77

- 78 • Wir fordern einen zukunftsorientierten Blick auf den Nahostkonflikt. Eine friedliche
79 Zukunft ist nicht möglich, wenn immer tiefere Generationentraumata entstehen.

80

81 Auch die Zivilbevölkerung in Gaza, im Westjordanland und im Südlibanon benötigt eine
82 Perspektive für eine Zukunft, die nicht von Krieg und Leid bestimmt ist. Diese Perspektive
83 lässt sich nur gestalten, wenn der Einfluss des Irans in der Region abnimmt. Die Staatsräson
84 der Islamischen Republik Iran ist die Vernichtung des Staates Israel. Daher muss der
85 größtmögliche Druck auf den iranischen Staat, sowohl aktiv als auch passiv, ausgeübt
86 werden. Die gesamte Bevölkerung im Nahen und Mittleren Osten hat das Recht auf ein freies
87 und selbstbestimmtes Leben.

88

G1	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusogruppe St. Pauli-Innenstadt</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Überweisung an den Landesvorstand</i>

1 **Agenda für die flächendeckende Gesundheitsversorgung Hamburgs**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-
4 Landesparteitag beschließen:

5

6 **Forderung**

7

8 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion setzt sich dafür ein, dass

9

- 10 1. Ärzt*innen, die sich in Stadtteilen mit geringer Praxisdichte niederlassen, finanzielle
11 Unterstützung für den Praxisaufbau oder die Übernahme bestehender Praxen erhalten.
- 12
- 13 2. Ärzt*innen, die besonders hohe Fallzahlen oder komplexe Patientenversorgungen
14 übernehmen, durch zusätzliche Boni entlohnt werden.
- 15
- 16 3. Ein Modellprojekt „Gesundheitszentrum“ geschaffen wird, in dem Ärzt*innen interdisziplinär
17 mit anderen Fachkräften (z. B. Physiotherapeuten, Dolmetschern, Psychologen)
18 zusammenarbeiten.
- 19
- 20 4. Studierende mit einem Stipendium unterstützt werden, wenn sie sich verpflichten, in einer
21 Gesamtdauer von 20 Jahren in einem Hamburger Stadtteil mit geringer Praxisdichte
22 niederzulassen.
- 23
- 24 5. Mehr Studienplätze für das Studium der Humanmedizin in Hamburg geschaffen werden.
- 25
- 26 6. Die Freie und Hansestadt Hamburg, in einem Modellprojekt die bürokratischen Hürden
27 sowie die Dokumentationspflicht, für Ärzt*innen überprüft und diese auf ein Minimum
28 gekürzt werden.
- 29
- 30 7. Die Freie und Hansestadt Hamburg, als erstes Bundesland in einem Modellprojekt, die
31 Abkehr von der Quartalspauschale für Ärzt*innen hin zu einer leistungsorientierten
32 Vergütung unternimmt.
- 33

33

34 **Begründung**

35

36 Der Ärzt*innenmangel in Deutschland ist ein vielschichtiges Problem, das schon bei der
37 Ausbildung beginnt. Jedes Jahr bewerben sich tausende junge Menschen auf ein
38 Medizinstudium, doch die Kapazitäten sind stark begrenzt. Durch den Numerus-Clausus
39 werden viele potenzielle Talente von vornherein ausgeschlossen. Selbst diejenigen, die die
40 Zulassung schaffen, müssen eine jahrelange, anspruchsvolle Ausbildung durchlaufen, die
41 häufig mit hohen finanziellen und persönlichen Belastungen verbunden ist.
42 Zusätzlich verschärft der demografische Wandel die Situation. Unsere Gesellschaft wird immer
43 älter, und der Bedarf an medizinischer Versorgung steigt. Gleichzeitig gehen viele erfahrene
44 Ärzt*innen in den Ruhestand, ohne dass genügend Nachwuchs nachkommt, um die Lücken zu
45 schließen. Doch nicht nur die Zahl der Ärzt*innen ist ein Problem, viele junge Ärzt*innen
46 entscheiden sich, ins Ausland abzuwandern. Länder wie die Schweiz, Norwegen oder die USA
47 bieten deutlich attraktivere Arbeitsbedingungen: höhere Gehälter, bessere Arbeitszeiten und
48 weniger Bürokratie. In Deutschland hingegen klagen viele Ärzt*innen über immense

49 Überstunden und eine überwältigende Menge an Dokumentationspflichten, die ihnen kaum
50 noch Zeit für die eigentliche Patientenversorgung lassen.
51 Ein weiterer Faktor, der die Situation verschärft, ist die Quartalspauschale, die im deutschen
52 Gesundheitssystem zur Abrechnung gesetzlich versicherter Patient*innen genutzt werden.
53 Diese Regelung sieht vor, dass Ärzt*innen für jede Patient*in pro Quartal eine feste Summe
54 erhalten – unabhängig davon, wie oft oder wie intensiv sie die Patient*in behandeln. Was auf
55 den ersten Blick wie eine effiziente Lösung erscheint, hat in der Praxis gravierende Folgen.
56 Ärzt*innen, die ihren Patient*innen ausreichend Zeit widmen möchten, stehen vor einem
57 Dilemma: Jede zusätzliche Untersuchung oder Beratung wird nicht zusätzlich vergütet, sondern
58 schmälert die verfügbare Zeit für andere Patient*innen. Das System setzt damit Anreize,
59 möglichst viele Patient*innen in kurzer Zeit zu behandeln, was oft zulasten der
60 Behandlungsqualität geht. Gleichzeitig sind Ärzt*innen gezwungen, komplizierte und
61 zeitaufwendige Abrechnungen vorzunehmen, wodurch der bürokratische Aufwand weiter steigt.
62 All diese Faktoren zusammen sorgen dafür, dass der Beruf für viele unattraktiv wird. Der
63 Ärzt*innenmangel verschärft sich, und die medizinische Versorgung gerät zunehmend unter
64 Druck – eine Entwicklung, die dringend gestoppt werden muss.

11	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Initiativantrag</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Überweisung an den Landesvorstand</i>

1 **Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wirklich sofort beenden!**

2

3 Der Landesvorstand wird aufgefordert, standhaft und klar, in der Öffentlichkeit und innerhalb
4 der SPD, die Position zu vertreten: Es muss einen sofortigen und ausnahmslosen
5 Abschiebestopp in Kriegs- und Krisengebiete geben.

6

7 Der Landesvorstand wird aufgefordert, mit dieser Haltung eine Diskussionsveranstaltung mit
8 dem zukünftigen Innensenator zu organisieren und sich auch darüber hinaus bei jeder
9 Gelegenheit für diesen Abschiebestopp einzusetzen.

10

11 Der Landesvorstand setzt sich für die unbedingte Geltung von Art. 1 des Grundgesetzes ein:
12 „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller
13 staatlichen Gewalt.“

14 Dieser Anspruch wird in 16a Grundgesetz, („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“)
15 konkretisiert. Er muss uneingeschränkt gelten. Ferner setzen sich die Jusos für die unbedingte
16 Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen
17 Menschenrechtskonvention ein.

O1	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand, Jusos Eimsbüttel</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Satzungsänderung für Beschließung des Amtes der queereauftragten Person der Jusos**
2 **Hamburg**

3
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg, möge beschließen:

5
6 **Forderung**

7
8 Wir fordern das die Satzung und Richtlinien für die Jusos in der SPD Landesorganisation
9 Hamburg entsprechend geändert wird:

10
11 § 13 Abs. 2 lit. e) (NEU)

12
13 Die LDK wählt

14
15 e. eine queerbeauftragte Person

16
17 § 13 Abs. 2 lit. f) (NEU)

18
19 f. eine von der LDK festzulegenden Zahl von Beisitzer*innen

20
21 § 14 a – queerbeauftragte Person (NEU)

22
23 (1) Um queere Vielfalt und Diversität langfristig zu gewährleisten und weiter zu stärken, richten
24 die Jusos Hamburg die Stelle einer Queer-Beauftragten Person für die Vertretung aller queeren
25 Jusos im Landesvorstand ein.

26 (2) Die queerbeauftragte Person hat die Aufgabe die Interessen aller queeren Jusos im
27 Landesvorstand zu vertreten, und zugleich Ansprechpartner*In und Awarenessperson für deren
28 Bedürfnisse zu sein. Auf die Bedürfnisse und die Repräsentanz von FLINTA* Personen,
29 insbesondere bei weiteren Marginalisierungserfahrungen, hat die Queerbeauftragte Person
30 besonders Rücksicht zu nehmen.

31 (3) Zu den Aufgaben der Queer-Beauftragten Person zählen insbesondere:

32 1. Vernetzung und Austausch zwischen allen queeren Jusos zu ermöglichen

33 2. Öffentlichkeitsarbeit und Koordinierung aller queerpolitischen Vorhaben der Jusos Hamburg
34 vornehmen

35 3. Ansprechpartner*In für queere Verbände und Organisationen zu sein

36 4. sicherzustellen, dass der Landesvorstand die Interessen der queeren Community innerhalb
37 und außerhalb der Jusos Hamburg in seiner Arbeit berücksichtigt.

38 (4) Die LDK wählt eine*n Kandidat*in zur queerbeauftragten Person, welche*r sich den oben
39 genannten Aufgaben und Grundsätzen verpflichtet.

40

41 **Begründung**

42

43 Die Jusos Hamburg sind ein starker Landesverband, dessen Stärke von der Diversität und
44 Vielfalt all unserer Mitglieder herrührt. Viele von uns sind Queer und Teil der LGBTQAI+
45 Community. Um der notwendigen Sichtbarkeit queerer Menschen und ihrer Bedürfnisse in
46 Politik und Gesellschaft Rechnung zu tragen, sollten Juso Queers im Landesvorstand eine
47 Ansprechperson haben, welche ihre Interessen vertritt und die queerpolitische Perspektive der
48 Jusos Hamburg vorantreibt. Deswegen wünschen wir uns die Einrichtung des Amtes der
49 queerbeauftragten Person.

50 Die queerbeauftragte Person muss eine Grund-Awareness für aktuelle queere
51 Marginalisierungserfahrungen mitbringen. Insbesondere sich um die Sichtbarkeit und
52 Berücksichtigung der Bedürfnisse von FLINTA* (Frauen, Lesben trans*, inter, non-binäre und
53 Agender) Personen bemühen, und für diese als Ansprech- und Vertrauensperson im
54 Landesvorstand fungieren. Dabei muss die queerbeauftragte Person auch andere
55 Marginalisierungserfahrungen im Blick haben, da viele Queers von Rassismus, Antisemitismus,
56 Ableismus und überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Diese Perspektiven sind in den
57 Landesvorstand und in die Landespartei zu tragen, da die Rechte queerer Menschen aufgrund
58 der menschenfeindlichen Diskursverschiebung nach rechts unter Druck geraten.
59 Für die Jusos Hamburg stellt die Einrichtung dieses Amtes im Landesvorstand eine große
60 Vorreiterrolle dar, da wir damit der erste Juso-Landesverband in Deutschland wären, der sich
61 um die Vertretung und Sichtbarmachung der LGBTQAI+ Community kümmert. Diese Position
62 bringt auch Öffentlichkeitsarbeit mit sich und erfordert Vernetzung und Dialog mit anderen
63 queeren Organisationen insbesondere im Hinblick auf den jährlichen CSD in Hamburg.
64 Am wichtigsten bleibt aber die Vernetzung aller queeren Jusos untereinander. Nur als
65 Gemeinschaft können wir unsere Interessen lautstark in die Mutterpartei tragen, und auf eine
66 Verbesserung unserer Rechte und Lebenssituation drängen. Diese Vernetzung zu begleiten
67 und anzuführen wird die Aufgabe der queerbeauftragten Person sein.

O2	Antragsteller*in:	<i>Jusos Eimsbüttel</i>
	Beschluss:	<i>Überweisung an den Landesvorstand</i>

1 **Debatten neu denken!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:

4

5 **Forderung**

6

7 In der Aussprache wird das Rederecht möglichst abwechselnd zwischen FINTA*-Personen und
8 nicht-FINTA*-Personen erteilt. Sobald drei nicht-FINTA*-Personen in Folge das Wort erteilt
9 wurde, wird die Redeliste geschlossen. Es kann ein Geschäftsordnungsantrag auf Fortführung
10 der Redeliste gestellt werden.

11

12 **Begründung**

13

14 Die Jusos Hamburg, als progressiver und feministischer Landesverband, haben eine
15 Verantwortung, die innerparteiliche Kultur inklusiv und empowernd zu gestalten. Die
16 vorgeschlagene Änderung der Geschäftsordnung unterstützt dieses Ziel, indem sie sicherstellt,
17 dass marginalisierte Stimmen – insbesondere jene von FINTA*-Personen (Frauen, Inter-, Nicht-
18 binäre, Trans- und Agender-Personen) – in Diskussionen gleichberechtigt vertreten sind.

S1	Antragsteller*in:	Landesvorstand
	Beschluss:	Annahme

1 **Verhaltenskodex**

2

3 Die Jusos Hamburg mögen folgenden Verhaltenskodex beschließen:

4

5 **Forderung**

6

7

Verhaltenskodex der Jusos Hamburg

8 **§ 1 Grundsätze**

9 Die Jusos Hamburg sind ein sozialistischer, feministischer, antifaschistischer und
10 internationalistischer Richtungsverband. Als Arbeitsgemeinschaft der SPD setzen wir uns für
11 das Gehör junger Interessen innerhalb der Politik und nach außen in die Gesellschaft ein. Unser
12 Ziel ist es, eine respektvolle und inklusive Atmosphäre zu schaffen, in der sich alle Mitglieder
13 wohl und sicher fühlen können.

14 Ein integraler Bestandteil unserer Arbeit ist die politische Meinungsbildung. Dafür brauchen wir
15 eine faire Diskussionskultur, in der stets gewährleistet ist, dass jede Person ermutigt wird und
16 bleibt, ihre Meinung frei und offen zu äußern.

17 Dieser "Verhaltenskodex" soll in Form einer "positiven Selbstverpflichtung" Leitlinien für einen
18 Umgang schaffen, der unserem Selbstverständnis, unseren Grundwerten und unseren Zielen
19 entspricht.

20 Er dient nicht dazu, die Meinungsfreiheit einzelner und den innerparteilichen Diskurs als Ganzes
21 zu unterbinden, sondern im Gegenteil, diese zu stärken. Ein wie auch immer gearteter
22 Missbrauch dieses Kodex ist zu vermeiden.

23 Dieser Verhaltenskodex stellt keine inhaltliche Positionierung der Jusos Hamburg dar, welche
24 vor allem über beschlossene Anträge und Veröffentlichungen einzelner Gremien definiert wird,
25 noch berührt er die organisatorische Gliederung, welche durch die Satzung und die
26 Geschäftsordnung geregelt ist.

27 Um sicherzustellen, dass auf Veranstaltungen der Jusos Hamburg stets ein respektvoller und
28 wertschätzender Umgang miteinander gepflegt wird, verpflichten wir uns gemeinsam zu den
29 folgenden Verhaltensleitlinien.

30 Da strafrechtlich relevantes Verhalten aus unserem Selbstverständnis heraus grundsätzlich zu
31 verurteilen sind, setzen wir die Beachtung der Rechtsordnung unabhängig von den folgenden
32 Leitlinien voraus.

33

34 **§ 2 Geltungsbereich**

35 Die Leitlinien gelten für alle Veranstaltungen und Treffen, die vom Landesverband der Jusos
36 Hamburg (mit-)organisiert werden, beispielsweise Landesdelegiertenkonferenzen und sonstige
37 Veranstaltungen, zu denen über offizielle Juso-Kanäle eingeladen wird. Außerdem sind alle

38 Juso-Gruppierungen angehalten, diesen Verhaltenskodex auch bei ihren Veranstaltungen zu
39 implementieren und anzuwenden.

40 Dennoch soll der Kodex auch ganz abseits von Juso-Veranstaltungen im
41 gesamtgesellschaftlichen Kontext für Mitglieder als Verhaltensleitlinie dienen. Selbiges gilt
42 insbesondere auch unmittelbar vor oder nach dem "offiziellen" Teil einer Veranstaltung.

43

44 **§ 3 Respektvolles Verhalten in Diskussionen**

45 Wir als Jusos Hamburg möchten Diskussionen auf Augenhöhe und auf sachlicher Ebene
46 führen.

47 Beleidigendes, abwertendes und bedrohliches Verhalten lehnen wir ab. Selbiges gilt für jegliche
48 Art der üblen Nachrede und dem gezielten Platziern von Gerüchten und ähnlichen
49 Verhaltensweisen.

50 Wir pflegen stets einen respektvollen Umgang, um ein Gesprächsklima sicherzustellen, in dem
51 alle Teilnehmenden sich wohl fühlen. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für
52 Diskussionen und Debatten. Dazu gehört für uns:

53 1. Keine Diskriminierung: Wir diskriminieren niemanden aufgrund von Geschlecht,
54 Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder anderen persönlichen Merkmalen.

55 2. Respekt für alle Meinungen: Alle Meinungen werden respektiert und neue Perspektiven
56 geschätzt. Während der Wortbeiträge anderer unterlassen wir jegliche
57 Verhaltensweisen, durch welche sich die redende Person unter Druck gesetzt, bedroht
58 oder eingeschüchtert fühlen kann. Beleidigungen und persönliche Angriffe sind keine
59 Meinungen und im Rahmen eigener Wortbeiträge zu unterlassen.

60 3. Sachliche Diskussionen: In all unseren Diskussionen konzentrieren wir uns auf die
61 sachlichen Inhalte und akzeptieren keine persönlichen Angriffe.

62 4. Zuhören und ausreden lassen: Wir lassen jede Person ausreden und hören aktiv und
63 aufmerksam zu, ohne sie zu unterbrechen. Jedes Verhalten, durch welches bei der
64 redenden Person der Eindruck entstehen kann, ihr Redebeitrag werde nicht geschätzt,
65 ist zu unterlassen.

66 5. Redeverhalten reflektieren: Wir achten darauf, dass alle eine faire Chance haben, ihre
67 Ansichten zu äußern. Wir reflektieren unser eigenes Redeverhalten und bemühen uns,
68 nicht überproportional viel Raum einzunehmen. Dies gilt insbesondere für toxisch
69 männliches Redeverhalten und vor allem gegenüber diskriminierten oder
70 marginalisierten Personen.

71 6. Anerkennung persönlicher Erfahrungen: Wir sprechen niemandem seine*ihre
72 persönlichen Erfahrungen oder Gefühle ab und respektieren deren Bedeutung.

73 7. Bewusstsein für Privilegien: Wir sind uns unserer eigenen Privilegien bewusst und
74 berücksichtigen diese in unserem Verhalten und unseren Diskussionen.

75

76 **§ 4 Umgang mit Alkohol, legalen Drogen und anderen Substanzen auf Veranstaltungen**

77 Wir als Jusos Hamburg möchten einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol und
78 anderen Substanzen auf unseren Veranstaltungen gewährleisten. Unser oberstes Ziel ist das
79 Wohlergehen aller Teilnehmenden und wir stellen dies über das Bedürfnis einiger, Alkohol oder
80 anderer Substanzen zu konsumieren.

81 Die Einhaltung geltenden Rechts ist für uns indiskutabel und selbstverständlich. Der Schutz
82 unserer Mitglieder, insbesondere minderjähriger Personen, hat hierbei größte Priorität. Hierbei
83 akzeptieren und respektieren wir die persönlichen und religiösen Grenzen unserer Mitglieder
84 uneingeschränkt.

85

86 Wir erkennen an, dass übermäßiger Konsum von Alkohol und bewusstseinsverändernder
87 Substanzen zu übergriffigem oder für das Umfeld unangenehmen Verhalten führen kann.
88 Solches Verhalten tolerieren wir jedoch unter keinen Umständen. Falls uns ein solches
89 Verhalten auffällt, wenden wir uns an die betroffene Person, die Veranstaltungsleitung oder das
90 Awareness-Team.

91

92 **Konkrete Leitlinien:**

93 1. Es richtet sich nach der Widmung der Veranstaltung durch die Organisator*innen, ob
94 Alkohol etc. überhaupt konsumiert werden dürfen.

95 2. Werden alkoholische Getränke angeboten, müssen stets alkoholfreie Alternativen in
96 ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden.

97 3. Passiver Konsum ist zu vermeiden, um das Wohlbefinden aller zu gewährleisten.

98 4. Gruppendynamiken, die Einzelpersonen zum Konsum drängen, sind zu verhindern.
99 Dazu gehören beispielsweise Trinkspiele, deren Teilnahme es erfordert, Alkohol zu
100 konsumieren.

101 5. Fühlen sich Veranstaltungsteilnehmende durch den Konsum anderer unwohl, ist dies
102 durch die Organisator*innen zu berücksichtigen und auf angebrachte Art und Weise zu
103 adressieren.

104

105

106 **§ 5 Einhaltung der Leitlinien**

107 Zu Beginn einer Juso-Veranstaltung wird durch das Präsidium, sollte kein solches existieren,
108 durch die Organisator*innen auf den Verhaltenskodex hingewiesen. Dies passiert entweder
109 mündlich oder in schriftlicher Form.

110 Während der Veranstaltung achten das Präsidium bzw. die Organisator*innen auf die
111 Einhaltung des Verhaltenskodex. In Ausnahmefällen kann auch eine Person gesondert für
112 diese Aufgabe durch das Präsidium oder die Organisator*innen benannt werden.

113

114 **§ 6 Konsequenzen bei Verstößen**

115 Die nach § 5 zuständige Person beobachtet das Verhalten der Teilnehmenden und kann diese
116 mündlich auf Verstöße hinweisen. Bei personenbezogenem/diskriminierendem Verhalten
117 können sich die Betroffenen direkt an die nach § 5 zuständige Person oder die anwesenden
118 Mitglieder des Awareness-Teams richten.

119 In letzterem Fall richtet sich das weitere Vorgehen des Awareness-Teams nach der Awareness-
120 Richtlinie der Jusos Hamburg.

121 Unabhängig davon verbleiben die Möglichkeiten von Betroffenen, innerparteiliche und
122 staatliche Beschwerdestellen anzurufen.

123

124 Viele diesem Verhaltenskodex nicht entsprechende Verhaltensweisen können zwar theoretisch
125 eindeutig definiert werden. Konkrete Sachverhalte unterliegen allerdings stets der subjektiven
126 Wahrnehmung und den individuellen Bewertungsmaßstäben der Betroffenen sowie dem
127 situativen Kontext. Einer über die oben genannten Instrumente hinausgehende Sanktionierung
128 enthält dieser Verhaltenskodex daher ausdrücklich nicht. Diese obliegt den zuständigen
129 Institutionen (Parteigremien, inner- und außerparteiliche Gerichte).

130

131

132

133

U1	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Wandsbek</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Bio darf kein Privileg sein! Mehrwertsteuersenkung auf Bio-Lebensmittel!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg, den Bundesparteitag der SPD, die SPD-Abgeordneten im
5 EU-Parlament und schließlich an die
6 SPD-Bundestagsfraktion beschließen:

7

8 **Forderung**

9

10 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag und in der Bundesregierung
11 mögen sich dafür einsetzen, dass die Mehrwertsteuer für Lebensmittel, die nach dem
12 Mindeststandard der EG-Öko-Verordnung für den ökologischen Landbau produziert und
13 kontrolliert wurden und in der staatlichen Bio-Siegel-Datenbank registriert sind, auf 2 Prozent
14 gesenkt wird.

15

16 **Begründung**

17

18 Die konventionelle Landwirtschaft, die mit 88 Prozent der Betriebe in Deutschland
19 vorherrschend ist, schadet Umwelt und Klima enorm. Beispielsweise führen die Nutzung
20 chemisch-synthetischer Dünger und Pflanzenschutzmittel sowie der Monokulturanbau zur
21 langfristigen Abnahme der Bodenfruchtbarkeit.

22 Um Klima, Wasser und Biodiversität zu schützen und effizienter mit Ressourcen
23 umzugehen, hat sich die Bundesregierung 2023 als Ziel gesetzt, dass bis zum Jahr 2030 30
24 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet werden sollen. Allerdings
25 darf dabei der Konsum von Bio-Lebensmitteln, die durch weniger ertragreiche,
26 umweltverträgliche Anbaumethoden wesentlich teurer als konventionell produzierte
27 Lebensmittel sind, kein Privileg sein: Jede Person sollte unabhängig vom Einkommen in der
28 Lage sein, Bio-Lebensmittel zu kaufen, um Klima und Umwelt schonen, sich gesünder
29 ernähren und den Einkauf mit eigenen ethischen Grundsätzen vereinbaren zu können.
30 Eine Mehrwertsteuersenkung auf alle Bio-Lebensmittel auf 2 Prozent würde ihren Zugang
31 für alle gesellschaftlichen Schichten ermöglichen und somit eine inklusive, gerechtere
32 Gesellschaft fördern. Gleichzeitig würde diese Maßnahme zum dringend notwendigen
33 Ausbau der ökologischen Landwirtschaft im Rahmen des 30%-Ziels durch die erhöhte
34 Nachfrage an Bio-Lebensmitteln beitragen.

35 Dementsprechend sollten wir uns als Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die den
36 Kampf für soziale Gerechtigkeit als Leitwert versteht, für die Mehrwertsteuersenkung von
37 Bio-Lebensmitteln einsetzen.

U2	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Altona</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Unterstützung des Hamburger Zukunftsentscheids**

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:

4 **Forderung**

5
6
7 Die Jusos Hamburg unterstützen die Forderungen des Volksbegehrens „Hamburger
8 Zukunftsentscheid“ und setzen sich im Vorlauf des Volksentscheides für ein
9 Abstimmungsergebnis zugunsten der Initiative ein. Hierfür geht der Landesvorstand in den
10 Austausch mit den Initiator*innen und spricht über effektive und geeignete Formen der
11 Zusammenarbeit.

12 Insbesondere setzen wir uns für folgende Forderungen ein:

- 13
- 14 - Gesamtjahremissionsziele sowie Sektorziele für eine transparente und kontinuierliche
15 Reduzierung der Emissionen
- 16
- 17 - Eine Schätzbilanz eines jeweiligen Jahres innerhalb von 6 Monaten zur Ermittlung der
18 ausgestoßenen Emissionen
- 19
- 20 - Sofortprogramme zur Emissionsenkung bei voraussichtlicher Überschreitung der
21 Gesamtjahremissionen, ermittelt durch die Schätzbilanz
- 22
- 23 - Die Emissionsneutralität bis 2040
- 24
- 25 - Eine Anrechnung von Über- oder Unterschreitungen des Gesamtjahremissionszieles
26 auf die nächsten fünf Jahre zur Sicherung des Neutralitätszieles
- 27

28 **Begründung**

29
30 Das Volksbegehren „Hamburger Zukunftsentscheid“ setzt sich für ein neues Klimagesetz für
31 Hamburg ein. Gefordert werden ein jährliches CO₂-Emissionsbudget, jährliche Sektorenziele
32 und die Klimaneutralität im Jahre 2040 für Hamburg. Zudem soll das Gesetz die Regierung zur
33 Handlung verpflichten, sollten die Emissionsziele nicht eingehalten werden. Im
34 Gesetzesvorschlag der Initiator*innen ist Sozialverträglichkeit als Bedingung verankert.¹

35 Für uns Jusos ist das Vorhaben, eine konsequentere Klimapolitik zu forcieren, sie direkt mit
36 Sozialverträglichkeit zu verbinden und finanziell benachteiligte Menschen zu entlasten, wichtig
37 und entsprechend wollen wir uns positionieren.

38 Mit dem Ziel, parallel zur Bundestagswahl 2025 einen Volksentscheid herbeizuführen, haben
39 die Initiator*innen bisher äußerst erfolgreich die letzte Hürde genommen.

40 Nun gilt es, die Initiative auf ihrem weiteren Weg bis zur finalen Abstimmung zu unterstützen.
41
42
43

¹ Gesamte Forderungen:

Der Gesetzestext - Hamburger Zukunftsentscheid